

Betreff Inklusion in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

Dezernat/e VI

Bericht zum Beschluss

Nr. vom

Erforderliche Stellungnahmen

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung | <input type="checkbox"/> Rechtsamt |
| <input checked="" type="checkbox"/> Kämmerei | <input type="checkbox"/> Umweltamt: Umweltprüfung |
| <input type="checkbox"/> Frauenbeauftragte nach HGIG | <input type="checkbox"/> Straßenverkehrsbehörde |
| <input type="checkbox"/> Frauenbeauftragte nach HGO | |
| <input type="checkbox"/> Sonstiges | |

Beratungsfolge

- Kommission
- Ausländerbeirat
- Kulturbeirat
- Ortsbeirat
- Seniorenbeirat

(wird von Amt 16 ausgefüllt) **DL-Nr.**

- | | | |
|---|--------------|-----------------------|
| <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich | <input type="radio"/> |
| <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich | <input type="radio"/> |
| <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich | <input type="radio"/> |
| <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich | <input type="radio"/> |
| <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich | <input type="radio"/> |

Magistrat Eingangsstempel
Büro d. Magistrats

24. Juni 2024

Stadtverordnetenversammlung

- | | | |
|---|------------------|----------------------------------|
| <input checked="" type="radio"/> Tagesordnung A | Tagesordnung B | <input type="radio"/> |
| <input type="checkbox"/> Umdruck nur für Magistratsmitglieder | | |
| <input type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich | <input checked="" type="radio"/> |
| <input checked="" type="radio"/> öffentlich | nicht öffentlich | <input type="radio"/> |
| <input type="checkbox"/> wird im Internet / PIWi veröffentlicht | | |

Anlagen öffentlich

Anlagen nichtöffentlich

B Kurzbeschreibung des Vorhabens (verpflichtend)

(Die Inhalte dieses Feldes werden [außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen] im Internet/Intranet veröffentlicht. Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Ergänzende Erläuterungen, soweit erforderlich, siehe D. Begründung, Pkt. II)

Seit 2021 wurde die rechtliche Grundlage der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (§ 11 SGB VIII)

um einen weiteren Satz ergänzt und lautet nun:

(1) Jungen Menschen sind die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Diese sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung sowie zu sozialem Engagement anregen und hinführen. Dabei soll die Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der Angebote für junge Menschen mit Behinderungen sichergestellt werden.

C Beschlussvorschlag

1. Es wird zur Kenntnis genommen:

In den Jahren 2022 bis 2023 wurde eine Bestandserhebung zum Thema „Erreichbarkeit von Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigungen“ bei den städtischen Kinder- und Jugendzentren sowie den freien Trägern der Offenen Kinder- und Jugendarbeit durchgeführt. Die Ergebnisse zeigten, dass junge Menschen mit Lernbeeinträchtigungen bereits erreicht werden können. Allerdings sind Jugendliche mit körperlichen oder geistigen Behinderungen nur vereinzelt vertreten. Die Einrichtungen gaben an, dass die Ausstattung, wie beispielsweise Toiletten und Zugänge, nicht immer behindertengerecht ist.

1.1 Im städtischen Ferienprogramm ist es bereits jetzt Praxis, dass Kinder und Jugendliche mit Behinderungen am Programm teilnehmen können.

1.3 Die Offene Kinder- und Jugendarbeit macht sich in 2024 auf den Weg, noch inklusiver zu werden und startete mit einem Fachtag zur Inklusion.

1.4 In jedem städtischen Kinder- und Jugendzentrum wird bereits im Jahr 2024 ein inklusives Angebot eingerichtet, um Erfahrungen zu sammeln. Dies kann eine einzelne Veranstaltung, ein Gruppenangebot oder ein offenes Angebot sein. Die Stadt Wiesbaden wird vom Hessischen Sozialministerium 2024 mit Projektgeldern gefördert, die bei finanziellem Mehrbedarf abgerufen werden können.

1.5 Die Begleitung von Menschen mit Behinderungen kann in der täglichen Praxis aufgrund neuer oder anderer Bedarfe (Pflege, Hygiene, kompensatorische Assistenz, Mobilität, Aufbereitung von Informationen in leichter Sprache) zu erhöhten Personalbedarfen führen. Im Jahr 2024 werden verschiedene Strategien in der personellen Ausstattung sowie in der Zusammenarbeit mit Assistenzen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit getestet und erprobt. Hierdurch soll jungen Menschen mit Behinderungen der Zugang erleichtert und die gesellschaftliche Teilhabe gestärkt werden.

2. Es wird beschlossen:

2.1 Das Stadtteilzentrum Gräselberg wird mit dem Neubau zu einem inklusiven Jugendzentrum.

2.2 Es wird eine zeitlich befristete „Fachgruppe Inklusion“ mit Mitarbeitenden aus dem Bereich der Offenen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen gegründet. Diese Gruppe wird sich fachlich mit der Fragestellung auseinandersetzen, wie Inklusion erfolgreich umgesetzt werden kann.

2.3 Eine Expertengruppe betroffener Jugendlicher wird diesen fachlichen Prozess begleiten. Sie wird Bedarfe äußern und bestehende Angebote der Jugendarbeit evaluieren.

2.4 Auf Basis der bestehenden Erfahrungen wird ein Inklusionskonzept für die Offene Kinder- und Jugendarbeit entwickelt und vorgelegt.

2.5 Für 2024 entstehen keine zusätzlichen Kosten, da die benötigten Mittel aus dem Förderprogramm „Projektförderung zur inklusiven Ausrichtung von Leistungen und Angeboten der Jugendhilfe“ des Hessischen Sozialministeriums bereitgestellt wurden.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Die Zugänge zu Angeboten der Kinder-, Jugend- und Stadtteilzentren werden inklusiver und einfacher.

II. Ergänzende Erläuterungen

(Demografische Entwicklung, Umsetzung Barrierefreiheit, Klimaschutz/Klima-Anpassung, etc.)

III. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen)

Bestätigung der Dezernent*innen

**Dr. Patricia
Becher**

Digital unterschrieben
von Dr. Patricia Becher
Datum: 2024.06.16
18:01:38 +02'00'

Dr. Becher
Stadträtin